

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Gabriele Triebel

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Eva Gottstein

Abg. Dr. Ralph Müller

Abg. Maximilian Deisenhofer

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Raimund Swoboda

Staatsministerin Kerstin Schreyer

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge**

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)**

**Gute Bildung durch Präsenzunterricht und Digitalisierung voranbringen  
(Drs. 18/9841)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Dr. Simone Strohmayer u. a. und Fraktion (SPD)**

**Präsenzunterricht sicherstellen: Filteranlagen für alle Schulen und Kitas!  
Distanzunterricht sicherstellen: Eigene Landesmittel für digitale Endgeräte  
ausreichen! (Drs. 18/9845)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)**

**Schulen Corona-fest machen - Sofortprogramm Raumluftreiniger (Drs. 18/9846)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Präsenzunterricht für Schülerinnen und Schüler garantieren! - Technisches  
Know-how nutzen, mobile Raumlüftungsgeräte in Klassenzimmern einsetzen  
(Drs. 18/9848)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Prof. Dr. Waschler von der CSU-Fraktion das Wort. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CSU hat heute mit sehr guten Gründen einen Dringlichkeitsantrag mit dem Titel "Gute Bildung durch Präsenzunterricht und Digitalisierung voranbringen" eingebracht. Wir werden diesem Dringlichkeitsantrag mit guten Gründen zustimmen. Mit weiteren guten Gründen können die Dringlichkeitsanträge der Opposition, die ich am Ende der Rede wohlgemerkt auch einmal loben, abgelehnt werden, da sie in vielen Teilen erledigt sind. Ich begründe das wie folgt:

Erstens. Wir begrüßen ausdrücklich, dass das Schuljahr im Regelbetrieb unter Hygieneauflagen erfolgreich gestartet ist und dass die Staatsregierung die Aufrechterhaltung des Präsenzunterrichts als prioritäres politisches Ziel verfolgt. Wir danken der gesamten Schulfamilie dafür, dass man mit großem Einsatz und Disziplin durch Einhaltung des Infektions- und Hygieneschutzes diesen guten Schulbeginn ermöglicht hat. Ein großes Dankeschön dafür.

Zweitens. Jetzt gilt es, die Chancen der Digitalisierung entschlossen zu ergreifen, nicht um den Präsenzunterricht zu ersetzen, sondern um ihn sinnvoll zu ergänzen. Deshalb begrüßen wir außerordentlich die sehr erfreulichen Ergebnisse des Schul-Digitalisierungsgipfels vom 23. Juli dieses Jahres. Dort ging es um die Anschaffung von rund 250.000 Leihgeräten für Schülerinnen und Schüler, um die Anschaffung von 20.000 digitalen Dienstgeräten für Lehrkräfte und die Weiterentwicklung von Mebis zur "Bayern-Cloud-Schule".

Herr Staatsminister, hierfür ein großes Lob; auch für den Ausbau der technischen IT-Administration an den staatlichen Schulen sowie für die anschließende dauerhafte hälftige Beteiligung des Freistaats an den Kosten für Wartung und Pflege. Dies ist ein lange und intensiv verfolgtes Thema.

Beim Treffen der Kultusministerinnen und -minister mit der Bundeskanzlerin am 21. September dieses Jahres wurde beschlossen, weitere 500 Millionen Euro an Bun-

desmitteln in Lehrerdienstgeräte zu investieren. Dies ist ein weiterer Baustein, damit das Ganze schneller über die Bühne geht. Dies ist also ein weiterer Fortschritt.

Nun kommt das Entscheidende: Es gilt, die beschlossenen Maßnahmen unbürokratisch und zügig umzusetzen und für eine rasche und effektive Nutzung der Fördermittel zu sorgen. Es gilt, gemeinsam mit den Schulaufwandsträgern Lösungen zu finden, wenn Hindernisse bei der Aushändigung vorhanden sein sollten.

Drittens. Es ist zudem zu prüfen, wie weitere qualitativ hochwertige, auf den Unterricht passgenau zugeschnittene digitale Bildungsinhalte verfügbar gemacht werden können. Hierfür gibt es den Fachbegriff "Digitaler Content". Neben den Initiativen von Lehrkräften, die die Inhalte auf den Lernplattformen einstellen können, müssen auch private Anbieter wie Verlage und Mediendigitalwerkstätten in den Blick genommen werden.

Kollegin Regitz, dies soll noch stärker als bisher in Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene und mit Materialien der kommunalen Medienzentren erfolgen. Dort gibt es entsprechende Angebote. Diese gilt es zu nutzen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Ganze soll im Zuge der Weiterentwicklung von Mebis zur "Bayern-Cloud-Schule", die der Ministerpräsident ausdrücklich unterstützt, eine niederschwellige Nutzung der Inhalte im Präsenz- und/oder Distanzunterricht an Schulen ermöglichen, auf die die Lehrkraft bei ihrer pädagogischen Entscheidung zugreifen kann.

Viertens. Wir bitten mit dem Antrag auch zu prüfen, wie die bestehenden kommunalen Strukturen – wie bereits erwähnt, beispielsweise in den Medienzentren – in den Auf- und Ausbau der technischen IT-Administration einbezogen werden können, um das Vorhandene an den Standorten entsprechend generell und möglicherweise, je nach den Gegebenheiten vor Ort, auch in einer interkommunalen Zusammenarbeit unterschiedlich nutzbar zu machen. Die Medienzentren sollen als starke Partner der Schu-

len bezüglich der IT-Medienkompetenz ertüchtigt werden; noch besser und intensiver als bisher.

Ich komme fünftens zum Fazit. Aus unserer Sicht gilt über den eigentlichen CSU-Dringlichkeitsantrag hinaus Folgendes – ich füge an dieser Stelle bereits hinzu: Sollte jemand sagen, dass meine jetzigen Ausführungen auch in die Richtung des später aufgerufenen AfD-Antrags gehen, dem sage ich: Das ist bewusst so gewählt; denn die gesamte Schulfamilie hat sich nach Meinung der überwältigenden Mehrheit der Experten an die sogenannte "AHA-Formel" gehalten. – Ein Aha-Erlebnis wünsche ich den Kollegen der AfD übrigens auch.

"AHA" steht für Abstand halten, Hygienemaßnahmen, Alltagsmasken. Bei Einhaltung wird dies in Kombination eindeutig eine Eindämmung der Infektionsgefahr bewirken. Mit einem Hinweis der Oppositionsanträge bin ich völlig d'accord: Dem infektionsschutzgerechten Lüften kommt, gerade in den bevorstehenden Herbst- und Wintermonaten, enorme Bedeutung zu: Durch regelmäßige Frischluftzufuhr kann die Virenlast und damit auch die Ansteckungsgefahr in Gebäudeinnenräumen verringert werden. Aus der "AHA"-Formel wird damit eine "AHAL"-Formel.

In weiser Voraussicht hat der Ministerrat in dieser Woche vor dem Hintergrund des Schul- und Kitastartes im Regelbetrieb des Schuljahres 2020/2021 und zur Flankierung der entsprechenden Hygienekonzepte ein bayerisches Förderprogramm in Höhe von bis zu 50 Millionen Euro beschlossen. Damit sollen die Träger von Schulen und Kitas bei der Umsetzung eben dieser technischen Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften und bei der Neuinstallation sogenannter raumluftechnischer Anlagen unterstützt werden. Hier wären geeignete CO<sub>2</sub>-Messgeräte notwendig. Die Bestellung und Beschaffung solcher Geräte sind dann im Rahmen eines Antrags möglich; sie können zum Einsatz in Schulen und Kitas eingekauft werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Dringlichkeitsanträge der SPD, der FDP und der GRÜNEN sind in den verschiedenen Punkten obsolet geworden, da die Dinge bereits laufen.

Nun kommt mein angekündigtes Lob: Die Dringlichkeitsanträge der genannten Oppositionsfraktionen heben sich vom AfD-Antrag ab und sind deswegen wohltuend, da sie sich eindeutig durch eine sinnvolle, wissenschaftlich abgesicherte Entwicklung in Richtung einer weiteren Optimierung des Schulbetriebs auszeichnen.

Der AfD-Antrag, der die sofortige Abschaffung der Maskenpflicht fordert, würde dagegen ein ganzes Stück der Pandemiebekämpfung aufgeben. Das kann es absolut nicht sein. Auf die Gründe werde ich später eingehen, wenn der Dringlichkeitsantrag der AfD aufgerufen wird. Ich war ein klein wenig erschüttert, als ich die Begründung gelesen habe. Dort wird behauptet, Kindermenschenrechte würden mit Füßen getreten. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, das Gegenteil ist der Fall! Ich kann Ihnen ankündigen, dass ich dem Hohen Haus Ihren Antrag mit vollster Überzeugung zur Ablehnung vorschlagen werde.

Die Anträge der anderen Oppositionsfraktionen sind, wie gesagt, im Vergleich zum AfD-Antrag wohltuend, jedoch aufgrund der aktuellen Entwicklung überholt. Aber das ist nicht schlecht. Wir sind hier im Parlament und wollen immer Besseres erreichen. An dieser Stelle waren aber die Regierungsfractionen mit der durch sie getragenen Staatsregierung ein gutes Stück schneller als Sie bei der Formulierung der Anträge.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin für die SPD-Fraktion ist Dr. Simone Strohmayr. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die wichtigste Erkenntnis, die wir Sozialdemokraten aus der Corona-Krise gewonnen haben, ist, dass die Corona-Krise die Ungleichheit in der Bildung weiter verschärft hat. Kinder aus bildungsfernen Familien, aus Familien mit Migrationshinter-

grund, vielleicht mit Sprachproblemen, wurden noch stärker als bisher abgehängt. Ihre Lücken wurden noch größer. In diesem Jahr haben sie nun noch größere Schwierigkeiten, als das vielleicht früher war, den Anschluss zu finden. Diese Befürchtungen wurden uns leider von vielen Bildungsforschern bestätigt. Ich möchte nur auf die Einschätzungen der Leopoldina und der Friedrich-Ebert-Stiftung verweisen. Das ist auch einfach nachzuvollziehen, weil Familien ohne technische Ausstattung, ohne ausreichenden Wohnraum, ohne Deutschkenntnisse Schwierigkeiten haben, die Kinder zu unterstützen. Wie sollen die Kinder da zuhause lernen? Die wichtigste Aufgabe für uns ist es daher, liebe Kolleginnen und Kollegen und lieber Herr Kultusminister, so viel Bildungsgerechtigkeit wie möglich in unseren Schulen herzustellen. Kein Kind darf verloren gehen!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mich deswegen gefreut, Herr Waschler, dass dieser Satz so ähnlich auch in Ihrem Antrag vorkommt. Auch Sie haben dieses Ziel also als wichtig erkannt. Aber Kolleginnen und Kollegen, schöne Worte allein helfen den Schülerinnen und Schülern nicht. Wichtig ist, dass so viel Präsenzunterricht wie möglich stattfinden kann. Die letzten Monate haben eindeutig gezeigt: Präsenzunterricht ist durch nichts zu ersetzen. Wir müssen deshalb alle Maßnahmen ergreifen, die möglich sind, um Präsenzunterricht zu leisten. Leider müssen wir aber feststellen, dass bereits drei Wochen nach Schulbeginn Tausende von Schülern und Lehrern in Bayern in Quarantäne oder im Distanzunterricht sind. In München sind 30 Schulen und viele Kitas betroffen. Es wird also deutlich, dass unsere bisherigen Anstrengungen an den Schulen nicht ausreichen.

(Beifall bei der SPD)

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Meine Tochter sitzt mit 28 weiteren Kindern in einem – gefühlt – sehr, sehr, sehr kleinen Klassenzimmer. Das Durchschnittsklassenzimmer in Bayern ist sechzig Quadratmeter groß. Zwei Quadratmeter stehen einem Kind zur Ver-

fügung, einschließlich Lehrerpult und, und, und – was eben alles in einem Klassenzimmer ist. Über 6.000 Klassen in Bayern sind mit über 25 Kindern gefüllt. Es ist also eng in vielen Klassenzimmern in Bayern. Das ist die Realität. Das müssen wir ändern. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es jetzt so wichtig, diese Schutzmaßnahmen schnell zu ergreifen. Wir brauchen überall dort, wo es erforderlich ist, wo es große Klassen gibt, wo kleine Räume sind, wo es keine Ausweichmöglichkeiten gibt, wo kein Lüften möglich ist, ganz schnell diese Luftfilteranlagen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Regierungsfractionen, der Ministerpräsident hat angekündigt, Träger von Kitas und Schulen bei der Anschaffung von Luftfiltergeräten zu unterstützen. Das ist gut. Wir geben euch aber noch mit auf den Weg, das Förderprogramm jetzt so aufzulegen, dass die Träger die Kosten zu 100 % erstattet bekommen. Das geben wir euch mit auf den Weg, denn nur so werden die Luftfilter schnell in den Klassenzimmern ankommen.

(Beifall bei der SPD)

Weiterhin ist uns wichtig, um die Bildungsgerechtigkeit herzustellen, dass so schnell wie möglich ein soziales Digitalpaket aufgelegt wird. Alle Schülerinnen und Schüler hier in Bayern brauchen ein digitales Endgerät; nur dann kann Distanzunterricht funktionieren. Ich habe es schon gesagt, über 8.000 Schülerinnen und Schüler sind in Bayern bereits jetzt wieder im Distanzunterricht. Digitale Endgeräte müssen unter die Lernmittelfreiheit fallen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Erst dann hat in Bayern tatsächlich jedes Kind ein Endgerät. Leider müssen wir aber immer wieder feststellen, dass es in Bayern bei der Digitalisierung im Schnecken tempo vorangeht. Ich sage Ihnen, wir könnten schon viel weiter sein, wenn Sie in den letzten Jahren dem einen oder anderen Antrag der SPD-Fraktion zugestimmt hätten.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist gut, dass in Bayern von den 77 Millionen Euro an Bundesmitteln Leihgeräte angeschafft werden können. Leider sind diese Mittel aber fast aufgebraucht. Das wissen Sie auch. Bereits im Juli hat der Kultusminister angekündigt, er stellt bayerisches Geld zur Verfügung. Davon haben wir bisher aber noch nichts gehört oder gesehen. Wir erinnern Sie deshalb an Ihre Versprechen. Setzen Sie diese Versprechen zügig um, wir brauchen diese Mittel, denn die Nachfrage ist groß.

Insgesamt werden wir dem Antrag der CSU zustimmen, auch wenn in dem Antrag vieles ungewiss bleibt. Im Gegenzug hoffen wir, sehr geehrter Herr Kollege Waschler, auch wenn Sie angekündigt haben, unseren Antrag abzulehnen, dass Sie die eine oder andere Empfehlung mit in Ihre Gedanken aufnehmen. Wir garantieren Ihnen, so werden wir noch viel schneller vorankommen.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Matthias Fischbach. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Matthias Fischbach (FDP):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier ein paar Problemschilderungen, die ich gehört habe: Das vorgegebene Hygienekonzept für den Sportunterricht funktioniert nicht mit ausreichend Abstand, weil sich die Schülerinnen und Schüler zur Hälfte im Klassenzimmer umziehen müssten, da die Umkleidekabine zu klein ist. Die Kinder sollen sich in der Früh, vor und nach der Pause, beim Materialaustausch und so weiter nach Vorschrift 30 Sekunden die Hände waschen. Das kostet bei nur einem Waschbecken für eine Klasse unglaublich viel Zeit; das funktioniert so nicht. Auch das Querlüften ist in den Räumlichkeiten nicht möglich. Außerdem gehen nicht alle Fenster auf, weil der beschlossene Schulumbau von der Regierung noch immer nicht genehmigt worden ist.

Dies alles hat mir beispielhaft eine Grundschullehrerin zu ihrem Schulstart in Bayern erzählt. Ich finde, das ist bedenklich. Ich kann Ihnen auch von einem Vater berichten,

der sich Sorgen um die Bildung seiner gerade eingeschulter Tochter macht. Von einer Schülerin kann ich berichten, die sich darüber beklagt, dass die gestaffelten Pausenzeiten nicht funktionieren und so weiter und so fort. Das sind viele Berichte, die darauf hindeuten, dass der Schulstart, trotz der langen Zeit über die Sommerferien hinweg, nicht ausreichend vorbereitet und nicht erfolgreich war, Herr Kollege Waschler.

(Zuruf)

– Jetzt kommen die Zwischenrufe. Ja, man kann sagen, das sind alles Einzelfälle. Wenn man sich aber die jüngste Umfrage des Bayerischen Rundfunks anschaut,

(Zuruf)

dann sieht man, dass nur 37 % mit dem Schulstart in Bayern zufrieden sind. Das beunruhigt mich, denn diese Einzelfälle scheinen unter dem Strich eben doch symptomatisch zu sein.

(Zuruf)

Nun kann man natürlich sagen, das alles reicht nicht, fundierte Politik müsste mehr Informationen haben. Das ist alles richtig. Einzelfälle, Umfragen, das ist das eine. Deshalb gibt es auch einen verfassungsrechtlich verbürgten Informationsanspruch des Bayerischen Landtags. Es ist aber ganz problematisch, wenn dieser Informationsanspruch nicht ordnungsgemäß von der Regierung erfüllt wird. Ich will das einmal beispielhaft ausführen. Zum Schulstart habe ich das Kultusministerium gefragt, wie viele Lehrkräfte und wie viele Unterrichtsstunden wegen Corona ausfallen. Bisher habe ich darauf keine Antwort. Nur wenn es Presseanfragen gibt, dann geht es plötzlich schneller.

(Zuruf)

Ich habe nach dem Ablauf der Reihentestung gefragt, und das sind alles zentral im Schulportal erfasste Informationen. Trotzdem habe ich bis dato keine Antwort. Ich

habe gefragt, wie der Einstellungsstand der Team-Lehrkräfte ist. Auch da hört man als Abgeordneter nur mehr oder weniger indirekt etwas über Pressekonferenzen. Meine Damen und Herren, das ist so kein Zustand!

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Wie sollen wir denn, Herr Minister, als Volksvertretung passgenaue politische Reaktionen für unsere Schülerinnen und Schüler, für unsere Lehrerinnen und Lehrer im Land entwickeln, wenn Sie uns die nötigen Informationen vorenthalten? Wie groß ist denn zum Beispiel der Bedarf, auf den aktuellen Unterrichtsausfall zu reagieren? Wie sieht es aus, können wir aus den Reihentestungen etwas für ein zukünftiges Testkonzept an unseren Schulen lernen? Kann man mit den Team-Lehrkräften überhaupt so arbeiten, oder gibt es da Probleme? Sind überhaupt ausreichend da? – Wir brauchen darauf dringend konkrete Antworten.

Herr Piazzolo, ich habe dafür Verständnis, dass Ihr Ministerium in der Krise belastet ist. Wir haben deshalb nach dem Lockdown lange auf neue Anfragen verzichtet und halten niedrigpriorisierte Anfragen noch immer zurück. Es kann aber nicht sein, dass der Informationsfluss zwischen den politischen Entscheidungsträgern ein halbes Jahr später immer noch im Schneckentempo abläuft. Wir sind doch gerade in der jetzigen Phase dieser Krise auf schnelle und umfassende Informationen zur Unterstützung der Betroffenen angewiesen. Bringen Sie deshalb die Abläufe in Ihrem Ministerium in Ordnung! Sonst verfestigt sich nämlich bei mir der Eindruck, dass Sie sich eigentlich der parlamentarischen Kontrolle entziehen möchten.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte in diesem Zusammenhang ein weiteres Beispiel aufführen. Das ist ein Beispiel, das auch den Antrag der CSU-Fraktion betrifft.

(Lachen)

– Sie lachen da. Das Beispiel betrifft den Schul-Digitalisierungsgipfel. Es ist übrigens interessant, dass die FREIEN WÄHLER diesen Dringlichkeitsantrag nicht mitgezeichnet haben. Wenn ich diesen Dringlichkeitsantrag lese, bekomme ich ein wenig den Eindruck, die CSU möchte ihren Messias, ihren Markus Söder dafür bejubeln, dass er sich über die Staatskanzlei jetzt endlich auch in die Bildungspolitik einmischt und dem Minister, der mit einem veränderungsresistenten Ministerium anscheinend etwas überfordert ist, absolute Begleitung zusichert.

Doch ich habe mich gefragt, was dabei jetzt eigentlich konkret herausgekommen ist. Was ist jetzt dabei herausgekommen, dass Herr Söder Herrn Piazzolo ins Lenkrad greift? Wie sehen die Planungen denn konkret aus? Wie weit ist denn die Umsetzung dieses Digitalplans Schule? Welche konkrete Wirkung erhoffen wir uns denn? – Solche Fragen stelle ich mir seit dem Digitalisierungsgipfel am 23. Juli. Ich habe dazu bisher nichts wirklich Belastbares, sondern nur oberflächliche Punkte gefunden. Für mich ist der ganze angekündigte Digitalplan Schule eine Blackbox.

Ich habe deswegen dazu Schriftliche Anfragen gestellt. Sie können es sich vorstellen: Diese Schriftlichen Anfragen sind noch heute nicht beantwortet. Die Frist ist abgelaufen, aber Sie antworten nicht auf diese Fragen. Das ist nicht in Ordnung. Wir wollen hier als Parlament arbeiten. Sie hindern uns daran!

(Beifall bei der FDP)

Wie soll ich denn einem Landtagsbeschluss zustimmen, der ein Konzept hochjubelt, das Sie innerhalb von vier Wochen offensichtlich nicht einmal vorlegen können? Was hier abläuft, ist doch keine vernünftige parlamentarische Tagung. Mir fehlt dafür wirklich jegliches Verständnis. Verzeihen Sie, wenn ich diesen Punkt hier jetzt so in den Mittelpunkt stelle. Sie kündigen einen Digitalturbo an, und es fehlen offensichtlich jegliche konkreten Baupläne. Sonst könnten Sie diese ja vorlegen. Wo sind die belastbaren Antworten? – Wenn wir als Abgeordnete so lange darauf warten müssen, wie

lange müssen eigentlich die Menschen in den Schulen darauf warten, bis belastbare Lösungen kommen? – Das kann ja noch ewig dauern.

Ich sage Ihnen auch als Parlamentarischer Geschäftsführer meiner Fraktion ganz klar: Wir lassen das nicht länger so durchgehen! Wir werden es nicht akzeptieren, dass wir durch Trickserei und Verzögerung unsere parlamentarische Kontrolle nicht wahrnehmen können. Denn am Ende geht das auf Kosten guter Lösungen für die Menschen in unserem Land. Vertrauen in die Staatsregierung ist zwar gut, parlamentarische Kontrolle ist aber eindeutig besser!

(Beifall bei der FDP)

Immerhin ist beim Thema Information auf die Wissenschaft Verlass. Ich komme deshalb nun zu unserem Antrag und zu den Anträgen der anderen beiden Oppositionsparteien auf der linken Seite. Beim Thema Raumluftreinigung gibt es inzwischen einiges an Information. Das ist jetzt immerhin auch bei der Regierung angekommen. Es fehlt aber ein konkretes Konzept.

Herr Kollege Waschler, wir schaffen mit unserem Dringlichkeitsantrag deshalb eine Basis dafür, wie wir konkret vorgehen können. Wir müssen uns auf die Hochinzidenzgebiete, in denen die Schulen am gefährdetsten sind, konzentrieren. Wir müssen uns auf die Schulen konzentrieren, in deren Räumen kein Lüften möglich ist. Wir müssen dort helfen, wo es dringend nötig ist. Wir müssen das Ganze – übrigens auch bei CO<sub>2</sub>-Ampeln – auch wissenschaftlich begleiten. Dies enthält unser Dringlichkeitsantrag.

Unser Dringlichkeitsantrag enthält darüber hinaus noch weitere wichtige Punkte, zum Beispiel – wenn sie gewünscht wird – die Ausstattung von Lehrkräften mit FFP2-Masken. Das alles wird aber nicht ausreichen, um dem Temperaturabfall im Herbst zu begegnen. Last but not least möchte ich deshalb – und das bitte bis zur nächsten Sitzung – sehen, wie die landesweite Strategie aussieht. Ich bitte deshalb um Unterstützung unseres Antrags. Wir werden die Anträge der GRÜNEN und der SPD

unterstützen, weil sie in dieselbe Richtung gehen. Wir haben ein gemeinsames Ziel: Machen wir die Schulen in Bayern coronafest!

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Gabriele Triebel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Gabriele Triebel (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich sehr, dass Sie von der Regierung dieses Mal ziemlich schnell waren, einen Vorschlag der GRÜNEN aufzunehmen. Unser Vorschlag kam mit gutem Vorlauf zum Schulanfang. Jetzt sind wir mitten im Schulbetrieb. Ich freue mich aber trotzdem.

Warum haben wir bereits vor Schulbeginn darauf gedrängt, Luftreinigungsgeräte zu prüfen und einzusetzen, um einen sicheren Präsenzunterricht zu gewährleisten? – Die Wissenschaft hat uns schon Anfang August gesagt, welche Chancen hier bestehen. Die Studie der Bundeswehrhochschule München hat ganz klar festgestellt, dass Raumluftreinigungsgeräte, die mit einem zertifizierten H14-Filtersystem ausgestattet sind, die Aerosol- und somit die Virenkonzentration im Klassenzimmer deutlich reduzieren. Wir haben gesehen, welche Folgen es für Familien und Schulkinder hat, wenn die Schulen schließen. Wir haben gesehen, wie wichtig die persönliche Beziehung zu den Lehrerinnen und Lehrern ist. Wir wissen, wie wichtig es für unsere Kinder ist, dass sie sich treffen, voneinander und miteinander lernen können. Wir meinen es ernst, wenn wir sagen, dass Bildung und Kinderbetreuung funktionieren müssen. Das gehört zum Rückgrat unserer Gesellschaft, ohne das auch unsere Wirtschaft nicht funktioniert. Schön, dass die Staatsregierung hier jetzt eine gewisse Lernkurve zeigt.

Es werden nun 50 Millionen Euro für Luftreinigungsgeräte bereitgestellt. Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, das ist ein erster Anfang. Ein zertifiziertes Gerät kostet zwischen drei- und viertausend Euro. Wenn es gut geht und bei den Firmen keine Lie-

ferengpässe entstehen, können den rund 9.000 Kindertagesstätten und 6.000 Schulen also bald circa 17.000 Geräte zur Verfügung stehen.

Herr Piazolo, mit dieser Maßnahme erfährt Ihr Rahmen-Hygieneplan eine klare Aufwertung, und wir kommen dem Ziel, dass kein Kind mehr Schulweh haben und keine Eltern mehr zwischen Homeoffice und Homeschooling verzweifeln müssen, zumindest ein Stück näher; denn, Herr Minister, Sie haben sich bisher nicht dazu geäußert, was Schulen tun können und tun müssen, wenn Klassenzimmer nicht vorschriftsmäßig belüftet werden können, wenn der Unterricht in Räumen stattfinden muss, die nur Kippfenster oder gar keine Fenster haben. Unter diesen Bedingungen zieht nicht einmal mehr das gern angeführte Argument, die Schülerinnen und Schüler müssten nach dem Motto "Nur die Harten kommen in den Garten" eben Jacken anziehen; die anderen bleiben dann eben mit Erkältung statt mit "Corona" zu Hause, und die Schule fällt weiter aus.

Sie sagen in Ihrem Rahmen-Hygieneplan auch nichts dazu, wenn Schule so stattfindet, dass weder Abstand noch Maskenpflicht eingehalten werden kann. – Ja, das gibt es. Das ist Alltag in Förderschulen und in Schulen für Kinder, die wir durch Abstandhalten verstören würden, weil diese Kinder das nicht verstünden. In Schulen für Gehörlose ist die Mimik ein Hauptkommunikationsmittel. Sie lassen diese Kinder und ihre Lehrkräfte, sie lassen diese Schulen mit ihren Nöten wieder einmal allein.

Ich erwarte deswegen von Ihnen nun schnellstmöglich ein Förderkonzept. Ich erwarte, dass Sie nicht einfach die Gießkanne auspacken und 50 Millionen über das Land schütten, sondern ich erwarte, dass Sie ein Konzept aufstellen. Ich erwarte, dass Sie zuerst diejenigen mit zertifizierten Geräten versorgen, die diese Geräte auch am nötigsten brauchen. Bitte ruhen Sie sich nicht darauf aus, dass es jetzt diese Filtergeräte gibt! Fördern Sie die Forschung, und haben Sie die Forschung im Blick! Prüfen Sie Geräte mit zertifizierten UV-C-Filtern. Prüfen Sie, ob diese Filter möglicherweise besser oder energiesparender sind! Testen Sie CO<sub>2</sub>-Ampeln auf die Möglichkeit hin, den

Schulen bei Lüftungsengpässen zu helfen! Zeigen Sie die Innovationskraft Bayerns nicht nur im Bereich der Wirtschaft, sondern auch im Bildungsbereich!

Die kalte Jahreszeit, in der sich das Virus weitaus mehr als im Sommer verbreiten wird, steht vor der Tür. Wenn wir im Bildungsbereich einigermaßen gut durch diese Zeit kommen wollen – das heißt, mit so wenig Schulschließungen wie möglich –, dann brauchen wir hier auch größere finanzielle Anstrengungen vonseiten des Staats. Stand 28.08. hat das Kultusministerium circa 38 Millionen aus den 20 Milliarden Euro des Corona-Hilfsfonds erhalten. Hier ist also noch eine Menge Luft nach oben. Die 50 Millionen Euro für die Raumlufreiniger sind ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Das Virus wird uns noch länger begleiten; deshalb ist jede Investition in unsere Schulen eine Investition in eine verlässliche Bildung und somit in die Bildungsgerechtigkeit. Also, Herr Minister, gut durchatmen und geplant loslegen!

Wir werden den Anträgen der FDP und der SPD zustimmen. Zur Digitalisierung wird sich noch unser Experte Max Deisenhofer gezielt äußern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Triebel. – Die nächste Rednerin ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Frau Kollegin Eva Gottstein.

**Eva Gottstein (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal drei Vorbemerkungen: Wir reden von 1,6 Millionen Schülerinnen und Schülern, wir reden von 150.000 Lehrerinnen und Lehrern, und dank des Bayerischen Rundfunks erfahren wir jeden Tag, wie viele Klassen geschlossen sind und wie viele Schüler und Lehrer krank sind. Ich weiß nicht, warum das nicht umgerechnet wird, wahrscheinlich deshalb, weil man sich im Promillebereich so schwertut. Das ist doch auch sehr positiv. Zu sagen, der Schulstart habe nicht geklappt, ist daher in meinen Augen vermessen.

Eine zweite Vorbemerkung zum Kollegen Fischbach: Wenn ich immer noch Schulleiterin wäre, würde ich darum bitten und beten, dass nie die FDP federführend am Ruder einer Regierung ist. Ich habe das Gefühl, als Schulleiterin müsste ich täglich nur mit dem Kultusministerium telefonieren, um Daten und noch mehr Daten weiterzugeben. Da muss ich einfach sagen: Da sträubt sich in mir alles. Wir haben hier eine weitere ehemalige Schulleiterin. Keine Ahnung von dem, was draußen los ist, jetzt, am Anfang eines Schuljahres! Da kann der Kultusminister von mir Zahlen wissen wollen, wie er will, die bekommt er gar nicht. – Ich arbeite etwas länger als Sie parlamentarisch

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

und ich will parlamentarisch arbeiten, aber das, was Sie verlangen, sind Detailinformationen. Ihre Partei hat, als sie hier mit an der Regierung war, in keiner Weise dazu beigetragen, dass sich in den Schulen etwas verändert, sodass man verwaltungsmäßig anders aufgestellt wäre. Das muss man auch schon einmal sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ihre Bedeutung in der Bildungspolitik von 2008 bis 2013 war überschaubar.

In dieser Krise müssen wir zusammenhalten. Ich bin jedem Schulleiter dankbar, der mit auf den Schulhof hinausgeht, der schaut, wo er die Pause gestalten kann. Wenn ich mit dem Radl bei uns am Gymnasium vorbeifahre, lese ich an einem Baum "6 a", am nächsten Baum "6 b" usw. Das ist Praxis, und das brauche ich, das muss ich nicht dem Kultusministerium mitteilen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

So, jetzt aber zu den diversen Anträgen. Jeder von uns hat am Anfang der Ferien an Schulabschlussfeiern teilgenommen, die dann größtenteils stattgefunden haben – das ist doch ein Lob an die Schulen wert –, hat Jahresberichte bekommen, die ausgeteilt worden sind, obwohl fast ein halbes Jahr keine Schule war. Aus so einem Jahresbericht der Maria-Ward-Schule in Eichstätt möchte ich zitieren. Frau Prof. Barbara Stau-

digl, Schul- und Hochschulreferentin der Diözese Eichstätt hat dafür das Vorwort geschrieben:

Schule ist mehr als Lernen. Schule bedeutet Begegnung, Beziehung, gemeinsames Unterwegssein. Als Schüler\*innen brauchen wir die anderen, die uns anspornen oder auch mal bremsen, die mit uns lachen und auch mal Unsinn machen, die uns aufbauen oder auch ermahnen.

Als Lehrer\*innen brauchen wir die jungen Menschen, die uns mit ihrem Wissensdurst und ihrer Neugierde mitreißen, die Fragen stellen, auch uns in Frage stellen.

Und als Eltern brauchen wir verlässliche und professionelle Lernbegleiter\*innen für unsere Kinder.

Schule ist auch Lernen. Seit diesem Corona-Jahr haben wir aber sehr präsent, was wir immer schon wussten: Schule ist zunächst einmal Beziehung und Begegnung, Gespräch und gemeinsames Unterwegssein.

Das sollten wir doch im Auge haben. Wir können das natürlich auch durch Studien beweisen. Nach wie vor ist hier die Hattie-Studie aus dem Jahr 2009, glaube ich, die aussagekräftigste. Unter anderem wurden darin 138 Faktoren untersucht, wie Lernen am besten gelingt. Da sind die Lehrer-Schüler-Beziehung, der Klassenzusammenhalt und die Peergroup unter dem ersten Drittel für den Lernerfolg maßgebend, während technologiegestütztes Lernen usw. zum letzten Drittel gehört. Deswegen ist es doch das Wesentliche, dass unsere Bayerische Staatsregierung, dass unser Kultusministerium mit dem Minister sehr früh geäußert hat: Wir wollen, soweit es geht, Präsenztunterricht. Das gelingt jetzt auch zum größten Teil, und dafür sage ich ein Dankeschön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wie wichtig dies uns allen letztendlich ist, sieht man an diesen Dringlichkeitsanträgen, egal ob von SPD, FDP, GRÜNEN und natürlich vom Koalitionspartner CSU – es geht darum, was man verbessern kann.

Speziell zu den drei Anträgen der Oppositionsparteien: Man kann sehr gut erkennen, dass eigentlich bereits sehr viel Gutes, Kreatives, Neues entstanden ist. Sie könnten diese Forderungen gar nicht stellen, wenn diese Staatsregierung nicht handeln würde. Wenn nicht gehandelt würde, hätten Sie nämlich gar keinen Anlass. Es wird etwas getan. Dass Sie noch zusätzliche Forderungen stellen und Anreize geben, die aber seit heute Vormittag im Prinzip überholt sind, ist Ihr gutes Recht. Wir danken Ihnen dafür, aber Sie haben – wie gesagt – eigentlich nur deshalb die Möglichkeit, solche Anträge zu stellen, weil die Staatsregierung ununterbrochen, seitdem diese Pandemie-Krise besteht, handelt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es geht natürlich um einen Spagat. Es geht um die Erfüllung des Bildungsanspruchs und natürlich des Gesundheitsanspruchs. Dazwischen bewegen wir uns. Da wird gehandelt. Es wird ehrlich gehandelt; es wird verlässlich gehandelt; es wird das Prinzip "So zentral wie nötig, so dezentral wie möglich" eingehalten; es wird das Prinzip "Bundesmittel vor Landesmittel" eingehalten, und – ich glaube, das darf man nicht vernachlässigen – es wird Vertrauen geschenkt und Verantwortung erwartet.

Ich meine, es gehört Mut dazu – das macht nicht jeder Minister – zu sagen: Ja, es hat nicht alles geklappt; ja, es hat am Anfang nicht wenige Irritationen gegeben, aber wir lernen. – Ich finde das mutig. Ich habe Respekt vor Prof. Piazzolo, dass er das so deutlich sagt. Wie gesagt, das macht nicht jeder. Ich denke, das erhöht die Glaubwürdigkeit und ist für mich ehrlich und Basis für politische Arbeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Verlässlich: Es wird natürlich immer wieder in den Medien sehr schnell aufgegriffen, wenn man sagt: Wir haben keine Ahnung, wir wissen nicht wie es weitergeht. – Also, alle KMS, die ich bekommen habe, die ich mir habe kommen lassen, haben den Schulen ganz klar, spätestens seit Pfingsten aufgezeigt, wie es weitergeht. Die Sprache des Ministeriums muss man vielleicht noch etwas optimieren. Das liegt an den Juristen, die aber teilweise juristische Sachverhalte weitergeben müssen. Ich kann nicht beurteilen, ob man das manchmal vielleicht etwas verständlicher tun könnte. Aber ist da zu hören: Wir haben nicht gewusst, wie es weitergeht? – Ich kenne kein einziges Bundesland, das bereits am Schuljahresende, also zu Ferienbeginn, gesagt hat, wie es weitergeht. Meine Tochter in Nordrhein-Westfalen hat zwei Tage vor Schulbeginn nicht gewusst, ob Schule für meine Drittklässler-Enkelin möglich ist oder ob Distanzunterricht stattfindet. Sie hat gesagt: Mama, ich habe keine Ahnung, in zwei Tagen ist Schulanfang. – Bei uns hat man ganz klar gewusst: Es gibt Präsenzunterricht, und wenn nicht, dann kommt der Plan A und der Plan B und der Plan C, und man war ehrlich genug zu sagen: Die Entscheidung über die Masken heben wir uns bis zur Woche vor Schulbeginn auf. Das war ehrlich, und das war verlässlich. Keiner konnte in Bayern sagen: Wir wissen nicht, wie es weitergeht.

Nächstes Thema: "dezentral vor zentral" bzw. dazu, wo es nötig und möglich ist. Ich bin in den letzten Wochen viel herumgekommen. Ich gehe davon aus, dass dies viele meiner Kolleginnen und Kollegen genauso machen. Dabei sind mir die Bürgermeister teilweise um den Hals gefallen – nein, das ging ja nicht wegen des Abstands. Die Bürgermeister sind mir "geistig" um den Hals gefallen und haben gesagt: Gott sei Dank schreibt uns der Kultusminister nicht bis ins Detail vor, was wir zu machen haben. Wir haben die Schulen vor Ort; wir müssen handeln. Die meisten Bürgermeister haben ihre Schulleiterinnen und Schulleiter gelobt und gesagt, diese händelten das schon. Das ist die richtige Prämisse, unter der wir vorgehen.

Natürlich wäre es manchmal schneller gegangen, wenn wir die Gelder gleich zur Verfügung gehabt hätten, egal ob für Leihgeräte, Endgeräte, also dafür, die Digitalisierung

usw. sofort in die Hand zu nehmen. Aber es wäre sträflich, die Bundesmittel nicht abzugreifen. Dass die Bundesmittel so zögerlich kommen, liegt am allerwenigsten an den FREIEN WÄHLERN und auch nicht an der CSU. Dass das so lange gedauert hat, liegt an anderen Mitspielern auf Bundesebene. Dass wir erst auf die Bundesmittel warten, ist wichtig,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

weil wir nur dann die bayerischen Mittel draufsetzen können. Wir warten also zu Recht auf die Bundesmittel. Auf diesem Gebiet geschieht also viel, und es geschieht in richtiger Weise.

Dass der Minister, das Ministerium und letztendlich die Staatsregierung der Schulfamilie vertrauen, ist wichtig, weil nur Vertrauen motiviert, anspornt und Kräfte weckt. Das stärkt umgekehrt auch die Verantwortung; denn wenn mir vertraut wird, weiß ich, dass ich in der Verantwortung bin. Ich danke allen in der Schulfamilie, die diese Verantwortung gerade wahrnehmen.

Ich wünsche uns Gottes Segen, dass die Krankheitsfälle nicht zunehmen und der Bayerische Rundfunk weiter alle Schulen aufzählen kann, ohne dass fünf Minuten vorbei sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Gottstein. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Müller für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Dr. Ralph Müller (AfD):** Herr Vizepräsident, sehr verehrte Damen und Herren! Nach einer in der Nachkriegsgeschichte einmaligen und maßlos inszenierten Corona-Hysterie ist es an der Zeit, zu den Maßstäben der wissenschaftlichen Redlichkeit und vor

allem der Wahrheiten aus mehreren Jahrhunderten Infektionsepidemiologie und Krankheitsgeschichte zurückzukehren.

Aber jetzt kommen wir zu den Dringlichkeitsanträgen. Der Dringlichkeitsantrag der CSU ist im Grunde genommen gar kein Antrag – nein, er ist eine Huldigungsadresse an die Staatsregierung mit dem in diesem Falle völlig falsch handelnden Ministerpräsidenten Markus Söder an der Spitze. Braucht es wirklich einen Dringlichkeitsantrag, um sich selbst zu applaudieren? – Dazu besteht keinerlei Anlass. Ich darf aus diesem Antrag kurz zwei geradezu lächerlich anmutende Plattitüden herausgreifen. Darin heißt es wortwörtlich: "Dabei ist wichtig, dass keine Schülerin und kein Schüler zurückbleibt." Nächstes Zitat: "Die letzten Wochen haben gezeigt, dass Schülerinnen und Schüler die Schule brauchen". Wirklich? – Wir danken also der CSU-Fraktion für diesen Erkenntnisgewinn.

(Zurufe)

Selbstverständlich sind für die AfD der Präsenzunterricht und die Digitalisierung – altersgerecht wohlgemerkt – ebenso von großer Bedeutung.

Doch wie kann man von einem guten Schulstart sprechen, wenn in ganz Bayern bereits wieder Schulen geschlossen werden aufgrund von sinnlosen und unangebrachten Massentestungen und Tausende Schüler und Hunderte Lehrer in eine strenge Quarantäne verwiesen werden?

(Zurufe)

Ihre Hygienepolitik ist in Wahrheit eine Hygienediktatur und verhindert geradezu die Aufrechterhaltung eines geregelten Präsenzunterrichts. Sie stellt so eben leider sicher, dass gewisse Schüler zurückbleiben müssen.

Zum Thema der Digitalisierung lässt sich vor allem fragen, wieso die Staatsregierung nicht schon lange vor Corona in die Infrastruktur massiv investiert hat.

Zusammengefasst: Wir als AfD-Fraktion werden der Huldigung der CSU-Regierung nicht zustimmen und lehnen daher diesen CSU-Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Als ich den Titel des SPD-Dringlichkeitsantrags las, habe ich mich teilweise fast gefreut. Der vorangestellte Satz "Präsenzunterricht sicherstellen" klingt vernünftig und bewährt. Die Forderung nach digitalen Endgeräten hingegen beurteilen wir aus mehreren Gründen als problematisch. Wie bereits auch in diesem Haus mehrfach erwähnt, stellt der Bund bereits jetzt 500 Millionen Euro für digitale Endgeräte und zusätzlich zweckgebundene 150 Millionen Euro für Kinder aus sozial schwachen Familien bereit. Das Personal, diese Geräte einzurichten und zu pflegen, haben wir jetzt schon nicht. Sind wir hier doch ehrlich. In den meisten Behörden fehlen gerade Fachleute dieser Art.

Grundsätzlich haben wir jedoch ein großes, staatlich verordnetes und geradezu durchgepeitschtes Problem, nämlich das der Maskenpflicht in den Schulen. Viele Eltern und Schüler werden durch die Maskenpflicht erheblich belastet. Die Masken bieten aufgrund ihrer Beschaffenheit nicht den Schutz, der ihnen zugeschrieben wird. Darüber hinaus ist dieser sogenannte Schutz überhaupt nicht notwendig. Das ist wissenschaftlich erwiesen. Andererseits entsteht bereits durch das Tragen der Masken ein Gefühl der sozialen Isoliertheit, besonders bei jungen und sehr jungen Menschen.

Hinzu kommt, dass durch Distanzunterricht bestehende Probleme verschärft werden. Des Weiteren wissen wir aus zuverlässigen Statistiken, dass sich die Schüler zu Hause viel weniger mit den Schulaufgaben beschäftigen.

Konzentrieren wir uns also auf die dringlichsten Probleme. Es ist sicherzustellen, dass der ausgefallene Lernstoff aufgeholt wird und die Schule ihrem Bildungsauftrag tatsächlich wieder gerecht werden kann.

Wir fordern, dass sich Schüler und Lehrer in einem Klassen- und Pausenumfeld befinden können, das angemessen sozial erträglich ist. Maskenpflicht und daraus folgende Entfremdung sind dies sicher nicht. Wir weisen in diesem Zusammenhang auch aufgrund der vieltausendfachen Grundgesetzverletzungen auf die wesentlichen und tragenden Verfassungsprinzipien unserer Bundesrepublik Deutschland hin, die uns in den letzten 70 Jahren Freiheit und Sicherheit gewährt haben. Wesentliches Prinzip aus dem Grundgesetz ist – das wissen speziell die Juristen, aber auch alle anderen verantwortungsvollen Mitglieder dieses Hohen Hauses – zum einen das Verhältnismäßigkeitsgebot; jede Maßnahme staatlichen Handelns oder gar staatlichen Zwanges muss zu jeder Zeit der Überprüfung der Verhältnismäßigkeit der Gefahrensituation oder des Anlasses Gewähr bieten. Zum anderen ist wesentliches Prinzip selbstverständlich das Übermaßverbot, das bei der gesamten Corona-Hysterie und bei diesen Maßnahmen in gravierender Weise verletzt wird.

Zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, der selbstverständlich wieder mal die dringlichsten Probleme nicht benennen will, ist nicht sehr viel zu sagen, lediglich das, dass er sich – sogar im Vergleich zum Antrag der FDP – wieder in deutlichen Abwegigkeiten versteigt. Beispielsweise sei hier herausgegriffen: Wieso soll man bestimmte Schultypen bevorzugen, wenn es um die Versorgung mit sogenannten geeigneten Geräten geht?

Aber kommen wir noch zum Antrag der FDP. Die Zahlen, mit denen Sie von der FDP Ihren Antrag begründen, zeigen bereits deutlich, wie sehr Sie daneben liegen. Gesunde, symptomlose Schulkinder werden mittlerweile massenhaft getestet. Ein medizinischer Unsinn ohnegleichen. Und doch zeigen die Zahlen eindeutig, dass keinerlei Anlass zur Hysterie besteht. Derzeit werden circa 8.800 Schüler in Quarantäne gehalten. Trotzdem gelten nur 334 davon als – noch dazu fragwürdig – infiziert. Wer infiziert ist, ist jedoch noch keineswegs erkrankt. Und weiterhin – das wird oft außer Acht gelassen – wird die Infektiosität maßgeblich durch die tatsächliche Viruslast bestimmt. Wenn junge Menschen dann Symptome zeigen, so verläuft die Erkrankung bis auf

ganz wenige Ausnahmen sehr milde. Von einer infektionsepidemiologischen Gefahr kann überhaupt nicht die Rede sein. Das Ansteckungsrisiko bleibt weiterhin sehr gering. Das zeigen sogar Ihre Zahlen: Denn wer mehr testet, erntet auch mehr Fälle von Infizierten oder falsch-positiv Getesteten. Das ist doch völlig logisch, heizt aber Ihre staatlich verordnete Hysterie in verantwortungsloser Weise an.

Es ist ja darüber hinaus durchaus löblich, dass Sie sich um die Luftqualität in bayrischen Klassenzimmern sorgen. Die Idee einer Ampel, um die Qualität der Luft anzuzeigen, ist ja ganz interessant, aber völlig unnötig. Wäre es da nicht viel besser, dafür zu sorgen, dass die Bürger wieder frei atmen dürfen? – Die Maskenpflicht hat keinerlei seriöse wissenschaftliche Grundlage. Sie schadet den Menschen.

Wer Maßnahmen der Corona-Hysterie weiter unterstützt, macht sich mitschuldig, sehr verehrte Kollegen von der FDP. Und Sie mischen bei diesen verfassungswidrigen Maßnahmen noch kräftig mit. Für eine sogenannte liberale Partei entlarven Sie sich als erstaunlich autoritär.

Ist so etwas, was wir hier erleben, angemessenerweise wirklich die Aufgabe des Staates? – Bei einem relativ harmlosen Grippevirus niemals! Kein Staat darf solche Maßnahmen unter dem Vorwand einer vermeintlichen Sicherheit und schon gar nicht im Namen der Freiheit seinen Bürgern aufzwingen. Beenden wir diese Hygiene- und Corona-Diktatur sofort! Dafür steht die AfD, Alternative für Deutschland. – Ich danke Ihnen für die geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Zurufe und Lachen)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächster Redner ist Herr Kollege Maximilian Deisenhofer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Maximilian Deisenhofer (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem etwas abstrusen Ausflug des Kollegen Müller wieder zurück zur Realität.

(Beifall)

Als Sprecher meiner Fraktion für digitale Bildung darf ich mich ergänzend zur Kollegin Triebel und natürlich in der gebotenen Kürze dem CSU-Antrag widmen. Ich freue mich ja immer, wenn das Thema "Digitale Bildung" ins Plenum kommt, auch von Seiten, von denen ich es gerade nach dem letzten halben Jahr so definitiv nicht erwartet hätte. Denn die Rückkehr zum Präsenzunterricht ist jetzt ja gerade deswegen so wichtig, weil das digitale Lernen zuhause so schlecht funktioniert hat.

Aber werfen wir zu Beginn vielleicht einen kurzen Blick auf den Sachstand der digitalen Bildung in Bayern, erst einmal ganz unabhängig von Corona anhand von drei Beispielen bei der Infrastruktur.

Erstens. CSU und SPD haben im Bund dieses Bürokratiemonster "Digitalpakt" erschaffen. Während andere Bundesländer wenigstens schon mal begonnen haben, Geld abzurufen, steht in der Sommerstatistik bei Bayern "kein Mittelabruf", also fließen bisher genau null Euro und null Cent nach Bayern.

Zweitens. Die Abdeckung der bayerischen Schulen mit Breitbandanschluss ist weiter mangelhaft. Gerade einmal die Hälfte hat überhaupt einen Internetanschluss von 16 Mbit/s.

Drittens. Flächendeckendes WLAN in den Klassenzimmern gibt es nicht mal bei der Hälfte aller bayerischen Schulen. Dienst-Mail-Adressen sind quasi gar nicht vorhanden.

Wenn man sich nur diese drei Punkte anschaut, sieht man, warum in Bayern auch im Jahr 2020 gar nicht flächendeckend digital unterrichtet werden kann: Allein, weil die nötigen Investitionen in die Infrastruktur nicht vorgenommen wurden.

Aber es ist ja nicht nur die Infrastruktur. Es kommt auch auf die Denkweise – oder neu-deutsch: das Mindset – an. Noch in diesem Sommer wurde uns von der CSU im Bildungsausschuss erklärt, dass analoge Kommunikationswege im Homeschooling ge-

nauso nützlich seien wie digitale. Und dann kommt im Juli der Ministerpräsident, macht eine Pressekonferenz, und schon feiert sich die CSU. Abseits von dem medialen Getöse des Ministerpräsidenten – ich glaube, der Kultusminister war froh, dass er überhaupt bei der Pressekonferenz dabei sein durfte – lohnt sich auch hier mal ein ganz sachlicher Blick auf die Fakten:

250.000 angekündigte Leihgeräte: Auf meine Anfrage – Kollege Fischbach, diese ist inzwischen beantwortet worden – räumt die Staatsregierung ein, dass es bisher noch gar kein Konzept gibt, wer diese wann bekommen soll. In einer Erprobungsphase sollen Erfahrungen und Erkenntnisse gewonnen werden, schreibt das Ministerium völlig nichtssagend zu 20.000 Dienstgeräten bei den Lehrkräften.

Weiterentwicklung von mebis – mit seinen Serverausfällen übrigens Sinnbild für den Stand der Digitalisierung an bayerischen Schulen – zur sogenannten Bayern-Cloud: Hieran sind alle möglichen Institutionen und Ministerien beteiligt, nur das Digitalministerium nicht. Ich frage mich an der Stelle: Wofür haben wir das Digitalministerium überhaupt, wenn es nicht einmal bei diesem Thema beteiligt ist?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und noch ein vierter Punkt, den Sie in Ihrem Antrag auch selber ansprechen, die IT-Betreuung an Schulen. An der Stelle verweise ich nur noch mal auf unseren Antrag auf Drucksache 18/3912 und bedanke mich bei der Regierung für die Eins-zu-eins-Umsetzung unseres Antrags, leider erst 2025 und nicht so zeitnah, wie wir uns das gewünscht hätten.

Nach objektiver Betrachtung dieser Fakten frage ich mich immer noch: Für was feiert sich eigentlich die CSU ausgerechnet jetzt mit diesem Dringlichkeitsantrag? Endgültig die Krone setzen sich aber dann Abgeordnete der CSU-Fraktion auf, die ihre Resolution zum Thema Bildung dann noch ungefragt an die Schulen in ihrem Stimmkreis schicken. Dort gibt es – wie vorher beschrieben – zum Teil weder Breitband noch WLAN. Manche haben auch fast keine Endgeräte. Anstatt dass es aber mal wirklich Unterstüt-

zung gibt, gibt es ein Jubelpapier der CSU-Fraktion per E-Mail. Völlig zu Recht schützen die Schulfamilien vor Ort darüber nur den Kopf, und das Gleiche kann ich an der Stelle auch nur tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei aller Kritik möchte ich aber abschließend auch noch einen Satz aus dem Dringlichkeitsantrag aufgreifen, den ich voll und ganz unterschreiben kann. Da steht nämlich:

Bei dieser Gelegenheit dankt der Landtag der gesamten Schulfamilie, die durch großen Einsatz und Disziplin einen guten Schulbeginn ermöglicht hat.

Für eine Zustimmung zu Ihrem Antrag reicht dieser eine Satz aber bei Weitem nicht aus. Deswegen werden wir den CSU-Antrag ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Deisenhofer. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Prof. Dr. Piazzolo das Wort.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erste Bemerkung. Ich sage es ganz ehrlich: Ich bin froh, dass wir morgen im Bildungsausschuss Gelegenheit haben, eine Debatte zu führen, und ich hoffe, sie spiegelt nicht die heutige wider. Ich hoffe, dass wir dann vertiefter in den einen oder anderen Inhalt eindringen.

Zweite Bemerkung. Ich bedanke mich bei der Opposition für die Dringlichkeitsanträge, die gestellt wurden, und selbstverständlich bei der Regierung für gute Anregungen auch in der Vergangenheit. Ich will deutlich machen, dass ich es besonders schätze, dass wir in den letzten Wochen und Monaten intensiv zusammengearbeitet haben – Regierung und Parlament, auch über die meisten Fraktionsgrenzen hinweg.

Dritte Bemerkung. Wir haben uns das so aufgeteilt: Gerade zu dem Thema Filteranlagen wird nachher noch Kollegin Schreyer sprechen, weil das Thema in ihrem Bereich angesiedelt ist. Wir tauschen uns in der Regierung natürlich sehr intensiv aus.

Vielleicht noch zwei Vorbemerkungen zu einigen Dingen, die genannt worden sind:

Erstens. Lieber Kollege Deisenhofer, ich möchte mich gegen dieses Kommunal-Bashing verwehren, das Sie betrieben haben. Hier die Kommunen – denn sie sind zuständig für die Dinge, die Sie genannt haben – so an den Pranger zu stellen, ist inakzeptabel. Die Kommunen und die privaten Schulträger haben bei der Digitalisierung eine sehr gute Arbeit geleistet. Sie haben gerade bei dem bayerischen Programm mit über 212 Millionen Euro sehr viel Geld beantragt. Sie haben sehr viel auf den Weg gebracht. Sich hier hinzustellen und ein solches Kommunal-Bashing zu betreiben, wie Sie das getan haben, weise ich auf das Schärfste zurück. Das sage ich ganz deutlich.

(Beifall)

Zweitens. Noch eine Bemerkung zu Ihnen, Herr Fischbach: Sie hatten jetzt die Chance, fünf oder sechs Minuten über die bayerische Bildungspolitik zu reden, und Sie haben die Zeit genutzt, nur über sich selbst zu reden; die ganze Zeit nur über Ihre Anfragen. Ich nehme das Antragsrecht aller, auch der Opposition, sehr ernst. Wir arbeiten das im Ministerium sehr intensiv und nach Möglichkeit auch zeitgerecht ab. Was Sie aber allein in dieser Woche an Anfragen gestellt haben, hat allein für einzelne Teilfragen mehr als Zwei-Mann-Tage gebraucht. Sie fragen, um nur ein Beispiel zu nennen, nicht nur nach Abiturdurchschnitten von jeder einzelnen Schule in Bayern, sondern auch noch nach Fächern gegliedert.

(Zuruf)

Wir haben Ihnen – Herr Fischbach, ich sage es an dieser Stelle – im letzten Jahr mehr als 1.000 Seiten aus dem Ministerium geliefert, mehr als 1.000 Seiten an Informationen.

(Zuruf)

Wir stellen auch auf – das machen wir jetzt im Ministerium –, wie viel Zeit Ihre Anfragen brauchen. Es ist das parlamentarische Recht. Aber Sie stellen im Kultusministerium so viele Anfragen wie kein anderer Abgeordneter in diesem Haus. Das ist okay. Dann können wir uns gerne miteinander verständigen.

(Zuruf)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Fischbach, Sie können sich gleich zu Wort melden.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus):** Sie können sich gerne zu Wort melden.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Bitte keine Kommunikation unter zweien. Sie haben gleich das Wort, wenn Sie sich zu Wort melden wollen.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus):** Das können Sie gerne tun. Ich wollte nur einmal deutlich machen, wie unausgeglichen das hier ist. Ich mache das sehr gerne alles auch offen, Herr Fischbach.

Zum Inhaltlichen: Ich glaube, wir sind uns in vielem einig. Ich will mich recht herzlich für die Unterstützung bedanken. Wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten mit der ganzen Schulfamilie immer wieder auf verschiedenen Ebenen ausgetauscht. Das Credo ist – auch mein persönliches: Über den Präsenzunterricht geht nichts. Insofern gilt: So viel Präsenzunterricht wie möglich. Ich bin ein großer Fan der Digitalisierung. Wir haben viel vorangebracht. Da werde ich noch einige Bemerkungen machen. Aber bei aller Digitalisierung, die wir vorantreiben: Schule lebt vom persönlichen Austausch, vom direkten Austausch zwischen Schüler und Schüler, zwischen Lehrkräften und Schülern. Da ist vieles in der Pandemie nicht möglich gewesen. Vieles machen wir wieder möglich, und das ist gut so, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das macht Schule im Kern auch aus.

(Beifall)

Im letzten halben Jahr – ich will da die ganze Schulfamilie in Schutz nehmen gegenüber entsprechenden Angriffen – ist enorm viel geleistet worden. Wir haben – ich habe es schon häufiger gesagt – im März wahrscheinlich das erste Mal in der Geschichte Schule ganz heruntergefahren. Wir haben alle Schulen geschlossen. Wir waren da übrigens die Schnellsten und haben das deutlich befördert, und das war auch richtig und nötig. Die Schulen wurden zwischen April und Juni schrittweise geöffnet. Alle Abschlussprüfungen – das war kein geringer organisatorischer Aufwand – wurden verschoben, alle durchgeführt, und alle Ergebnisse können sich insbesondere im Durchschnitt sehen lassen. Wir haben vom Ministerium aus Ende Juni einen Stufenplan vorgelegt, waren – vergleichen Sie es mit den anderen Bundesländern –, obwohl wir praktisch mit die Letzten waren, die wieder mit dem Unterricht gestartet sind, mit die Ersten, die einen Plan für das kommende Schuljahr vorgelegt haben. Der wurde dann dem Infektionsgeschehen angepasst, geschärft. Insofern – das will ich auch einmal deutlich machen – steht hinter diesen Plänen die gesamte Schulfamilie. Das ist nicht kleinzureden. Das ist übrigens in anderen Bundesländern zum Teil anders. Wir haben das sehr intensiv vorbereitet.

Deshalb ruht dieses Schuljahr und dessen Start auf mehreren Säulen, die ich jetzt nur kurz benennen werde und die wir morgen im Bildungsausschuss gerne vertiefen. Wir haben einen Rahmen-Hygieneplan. Natürlich kann man – das sage ich hier deutlich; das tue ich auch – beklagen, dass wir Infizierte haben. Die Infektionen werden übrigens in die Schulen und in die Kitas hineingetragen und zeigen sich natürlich auch, wenn man testet. Aber es ist gut, dass wir getestet haben. Dazu komme ich auch noch. Der Plan ist, dass wir dann unsere Kinder zur Sicherheit in die Quarantäne schicken. Das ist auch gut so. Dann bekommen sie einen entsprechenden Fernunterricht. Das ist Teil des Rahmen-Hygieneplans. Da geht es darum, die Gesundheit unserer Kinder zu schützen. Dahinter stehe ich persönlich, das Kultusministerium und die Re-

gierungsfraktionen. So machen wir das. Ich glaube, auch die meisten Oppositionsfraktionen halten das für vernünftig.

Das Zweite: Kostenlose Reihentestungen für Lehrer. Das hat auch nicht jeder gemacht. Das wird von uns zusammen mit dem Ministerium für Gesundheit organisiert. Das war keine leichte Aufgabe, die es zu stemmen galt. Vielen Dank auch da für die gute Zusammenarbeit, liebe Kollegin Melanie Huml. Das hat gut funktioniert, und das war anders als in dem einen oder anderen Bundesland von uns organisiert – von Schulleitern und Gesundheitsämtern. Wir haben neue Leitlinien für den Distanzunterricht verabschiedet. Ich werde sie morgen genauer vorstellen.

Wir haben – das kostet Geld und Aufwand, ist es aber auch wert – Team-Lehrkräfte nicht nur gesucht, sondern auch eingestellt. Der Großteil der Kräfte, die wir haben wollen, ist schon in den Schulen. Die Verträge werden gerade schrittweise unterschrieben. Insofern ist das auch ein Erfolg.

Wir haben – ich sage das deutlich – nach langem Ringen und langem Überlegen nach Aufnahme des Schulbetriebs eine Neun-Tage-Maskenpflicht gehabt. Ich halte es für vernünftig. Es ging insbesondere nach der steigenden Anzahl der Infektionen im August und der Vermutung, dass das unter anderem auf Reiserückkehrern beruht, darum, diese ersten zwei Wochen abzufangen.

Wir haben – da sage ich noch ein paar Worte dazu – im Bereich Digitalisierung sehr viel auf den Weg gebracht. Lassen Sie mich die Zahlen nennen: Als ich angefangen habe, gab es in Bayern im Gegensatz zu anderen Bundesländern schon ein Programm mit einem Volumen von 212 Millionen Euro. Heute haben wir für die Digitalisierung an Bayerns Schulen ungefähr 2 Milliarden Euro, beinahe eine Verzehnfachung der Mittel. Nennen Sie mir ein einziges anderes Bundesland, das das gemacht hat.

Dann zur Hardware, um einige Beispiele zu nennen: Bei dem Ziel "Digitale Klassenzimmer" sind wir schon bei weit über 30.000, weit vor dem Zeitplan. Wir hatten im letzten Schuljahr schon über 50.000 mobile Endgeräte, die an Schülerinnen und Schüler

verliehen werden konnten. Diese Anzahl haben wir nicht annähernd benötigt. Trotzdem kommt dauernd der Ruf "Mehr Leihgeräte!". Wir sind jetzt bei über 125.000 Leihgeräten. Wir planen weitere 150.000 Geräte ein. Bayern hat in diesem Bereich 30 Millionen Euro auf das Bundesprogramm draufgelegt. Wir haben zusammen mit dem Bund Geräte für Lehrer auf den Weg gebracht. Bayern hat am Digitalisierungsgipfel vorgelegt, und der Bund ist jetzt auch bereit. Das wurde bei einem Gespräch mit der Bundeskanzlerin angestoßen, an dem ich mit einigen Kultusministern teilgenommen habe, wo sie gesagt hat: Der Bund gibt noch mal 500 Millionen Euro, also voraussichtlich 78 Millionen Euro für Bayern.

Wir bringen die Bayern-Cloud auf den Weg, die ersten Elemente dieses Jahr. Es wird ein "mebis-tube" geben, da sind die ersten Inhalte schon eingestellt. Wir haben schon im Mai einen Vertrag über MS Teams geschlossen. Wir werden Videokonferenzen auch weiterhin möglich machen. Wir haben – das ist zusammen mit dem Finanzminister sehr, sehr intensiv in Übereinstimmung und im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden verhandelt worden – gerade im Bereich Wartung und Pflege, der uns sehr wichtig ist, aber der eigentlich in der Hoheit der Kommunen liegt, eine Lösung gefunden. Die Aufgabe ist so groß, dass wir sie gemeinsam stemmen. Wir haben 78 Millionen im Digitalpaktprogramm des Bundes und haben als Freistaat Bayern selbst noch mal die gleiche Summe draufgelegt, um das in den nächsten Jahren zu bewerkstelligen und hier Chancen zu eröffnen. Die Gemeinden können zum Beispiel Systemadministratoren einstellen. Wir haben auch eine Fortbildungsoffensive auf den Weg gebracht, in der sich mehr als 90.000 Lehrer eingeschrieben und absolviert haben. Sie haben dieses verabschiedet.

Das sind alles Zahlen und Leistungen, die in recht kurzer Zeit auf den Weg gebracht worden sind. Trotzdem ist bei einer großen Schulfamilie mit über 1,6 Millionen Schülern, mit mehr als 150.000 Lehrern, mit vielen, vielen Eltern und auch vielen Politikern klar: Man wird es nie allen recht machen können. Das ist so. Es wird immer auch Nörgler geben. Für uns und die große Mehrheit in diesem Haus ist das Entscheidende

und Wichtige: Schule kann man nicht immer nur daran messen, welches Wissen vermittelt wird, welches Können man dort vielleicht erreicht, sondern Schule ist viel, viel mehr. Das hat auch Eva Gottstein in ihrem Beitrag deutlich gemacht. Schule ist sozialer Interaktionsraum. Schule ist Begegnungsstätte. In der Schule wird viel, viel mehr vermittelt als das, was geschildert worden ist.

Deshalb liegt es uns allen und mir persönlich so am Herzen, dass wir diesen Präsenzunterricht haben, auch wenn wir ihn – das sage ich ganz deutlich – natürlich nicht ganz so organisieren können, wie sich Schule entwickelt hat und wie wir uns Schule auch wünschen. Das heißt, dass wir trotz der festen Gruppen immer noch gewisse Abstände einhalten müssen, dass wir trotz allem nicht auf bestimmte pädagogische Aspekte zurückgreifen können, dass es wenig Teamarbeit gibt und manches mehr. Das bedauere ich, aber das ist Corona geschuldet. Auch in diesem Schuljahr wird es so sein: Wir haben einen Regelbetrieb unter Hygieneschutzbedingungen, aber natürlich ist nicht alles normal. Darauf sind wir eingestellt, darauf sind wir vorbereitet. Damit müssen wir aber auch umgehen. Die Corona-Pandemie nimmt keine Rücksicht auf Schulpläne. Wir müssen auch im Schulalltag Rücksicht auf Corona nehmen.

Deshalb gibt es zwei Dinge, die wir hochhalten, die Priorität haben und die wir in Balance bringen: Zum einen ist es unsere Aufgabe, den Kindern und Jugendlichen Wissen, Können, Werte und Persönlichkeit zu vermitteln, nach Möglichkeit im Präsenzunterricht, oder, wenn es nicht geht, im Distanzunterricht. Zum anderen geht es darum – und da haben mich einige Aussagen hier von dieser Seite wirklich verstört –, die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen zu erhalten. Das sind beides hohe verfassungsrechtliche Güter.

(Beifall)

Dies gilt es in Balance zu halten. Dafür arbeiten die gesamte Schulfamilie und das Ministerium tagtäglich. Ich sehe mich dort in der Verantwortung und tue das sehr, sehr

gerne. Ich bedanke mich für die Unterstützung hier im Haus, aber insbesondere auch bei der Schulfamilie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es liegen drei Zwischenbemerkungen vor, die erste stammt von Herrn Kollegen Maximilian Deisenhofer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Maximilian Deisenhofer (GRÜNE):** Herr Minister, ich habe eine Klarstellung und eine Frage. Sie haben mir vorgeworfen, ich hätte "Kommunal-Bashing" betrieben. Ich glaube, das haben Sie falsch verstanden. Ich bin selbst seit sieben Jahren in der Kommunalpolitik tätig und stehe in engem Austausch mit den Kommunen bezüglich des Abrufs der Mittel aus dem Digitalpakt. Den Konstruktionsfehler hat die Große Koalition in Berlin begangen, weil sie das Ganze viel zu kompliziert gemacht hat. Unsere Kommunen können nichts dafür. Der Vorwurf ging in Richtung Berlin. Da haben Sie mich – glaube ich – falsch verstanden. Das wollte ich an der Stelle noch klarstellen.

In diesem Sommer standen mit Corona auch die Staatsexamensprüfungen für Lehrämter unter besonderer Beobachtung. Es ist auch zum wiederholten Mal passiert, dass eine zweistellige Anzahl an Examensprüfungen verloren gegangen ist, was man in der Presse verfolgen konnte. Dazu habe ich zwei Fragen: Erstens. Was können Sie den Betroffenen denn jetzt noch an pragmatischen Lösungen anbieten? Zweitens. Was werden Sie tun, damit sich so etwas in Zukunft nicht wiederholt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus):** Zunächst nehme ich die Klarstellung so hin. Nur war es so, dass sie Punkte benannt haben, die die Kommunen umzusetzen haben. Das tun sie auch. Über den Digitalpakt des Bundes könnten wir jetzt lange reden, warum er so aufgesetzt worden ist und über die entsprechenden Förderrichtlinien. Andere Programme – gerade jetzt, wo es jetzt aufs

Tempo geht – sind ein bisschen anders ausgestaltet worden. Darüber können wir uns aber vielleicht auch noch morgen intensiver austauschen.

Auf die Klausuren angesprochen: Ja, das ist immer so. In diesem Fall gibt es – wir haben, wenn ich es richtig im Kopf habe, über 5.000 Prüfungsteilnehmer, und es waren, glaube ich, 20.000 verschiedene Prüfungen – aus unterschiedlichen Gründen – und das ist sehr, sehr bedauerlich – insgesamt eine niedrige zweistellige Zahl – ich glaube, es waren 13, 14 oder 15, aber lassen Sie mich jetzt nicht darauf festlegen – an Prüfungsleistungen, die nachweislich erbracht worden sind, aber nicht beim Prüfer angekommen sind oder nicht weitergereicht wurden. Das passiert – so traurig es klingt – bei dieser Anzahl leider immer wieder. Natürlich soll es nach Möglichkeit gar nicht passieren. Wenn es einmal passiert, wie in diesem Fall, ist es bei allen Prüflingen so, dass sie ins Referendariat vorrücken können und sich in der Referendarzeit befinden. Insofern haben diese jetzt keine zeitlichen Verzögerungen zu erleiden. Ich habe das Ganze aber auch zum Anlass genommen zu prüfen, wie man erreichen kann, dass das Verfahren noch besser und noch sicherer wird.

In einem Fall war es so: Nachweislich ist das Paket mit den Prüfungsunterlagen der Hochschule zugestellt worden, aber nicht beim Prüfer angekommen. Wir werden es nie, nie ganz verhindern können; denn menschliches Versagen gibt es immer.

Wir wollen die Prüflinge auch fair behandeln. Nur stellt dies eine Leistung dar, die nicht erbracht ist. Das ist das rechtliche Problem. Ich habe das intensiv mit den Juristen besprochen. Eine Leistung, die nicht erbracht ist, können wir nicht einfach werten. Das ist einer der Punkte, der bei anderen, wie zum Beispiel juristischen Prüfungen ähnlich ist. Nochmals vielen Dank für die Nachfrage.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion.

**Matthias Fischbach (FDP):** Sehr geehrter Herr Kultusminister, Sie werfen jetzt viele Zahlen in den Raum, welche Fragen hier kommen und Ihr Ministerium überschwem-

men würden. Ich empfehle Ihnen, einmal in die Drucksachen-Übersicht des Bayerischen Landtags zu schauen. Bei der SPD gibt es zum Beispiel – die Partei hat zwei Abgeordnete im Bildungsausschuss, wir haben einen – etwa sechzig schriftliche Anfragen zum Bildungsbereich. Aus der FDP-Fraktion kamen acht – zumindest von mir.

Ja, ich stelle auch über andere Instrumente Anfragen, zum Beispiel nach § 75 der Geschäftsordnung. Ja, ich stelle auch sehr explizite Fragen, weil ich Probleme erkennen und offenlegen möchte. Daher wundert mich Ihre Anmerkung in Ihrer Rede. Worauf wollen Sie denn damit hinaus, dass Sie das alles dokumentieren? Wollen Sie damit meine parlamentarischen Rechte einschränken?

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus):** Nein, überhaupt nicht.

(Zuruf)

**Matthias Fischbach (FDP):** Wollen Sie das jedem Abgeordneten zukommen lassen, der etwas genauer nachfragt? Machen Sie das eigentlich beim Finanzamt auch, wenn Sie kontrolliert werden und wenn bei der Steuererklärung Belege nachgereicht werden sollen, dass Sie dann sagen: Schauen Sie, ich habe soundso viele Stunden gebraucht, um das zu beantworten? Also, wo führt das hin? – Ich habe eher den Eindruck, dass Ihr ASV- und ASD-System, dieses Projekt, das seit 13 Jahren läuft, immer noch nicht sauber funktioniert und dass Sie deshalb Probleme haben, diese Daten abzurufen.

(Beifall bei der FDP)

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus):** Nein. Herr Fischbach, ich weiß nicht, ob das hier der richtige Ort für Ihre Fragen ist. Mir liegt es auch fern, Ihre Fragen in irgendeiner Weise zu kommentieren. Lassen Sie mich nur anmerken: Es gibt schon Unterschiede in den Fragen. Ich bekomme sehr viele Fragen von

den Kollegen Strohmayr, Wild, Deisenhofer und Triebel. Wir bemühen uns auch immer – weil diese auch alle im Bildungsausschuss sitzen –, die Fragen zu beantworten. Mal kommt die Antwort vielleicht auch einen Tag oder zwei Tage zu spät. Nicht jeder Abgeordnete ist mit unserer Beantwortung immer zufrieden. Das gilt auch für andere Ressorts. Wir geben uns – das sage ich hier ganz offen, und wir haben schon häufiger darüber gesprochen – auch bei Ihren Anfragen größte Mühe. Der zeitliche Aufwand ist bei keinem Abgeordneten so hoch wie bei Ihnen. Das sage ich jetzt einfach mal so. Aber das ist auch Ihr gutes Recht. Das will ich Ihnen auch gar nicht abstreiten. Mir ging es jetzt nur darum, dass Sie uns von fünf Minuten Redezeit drei Minuten lang vorwerfen, wir würden das nicht rechtzeitig beantworten.

Sie bekommen eine Antwort auf jede dieser Fragen, wobei diese Antworten nicht immer zufriedenstellend sein mögen. Meinetwegen bekommen Sie auch die entsprechenden Abiturnoten in Biologie von jedem. Es ist dann Ihre Sache, was Sie damit anfangen und was Sie daraus machen.

Ich will das offen sagen, und bitte haben Sie auch Verständnis dafür: Es ist manchmal und vielleicht gerade in diesen Corona-Zeiten so, dass die Menschen nicht nur in meinem Ministerium, sondern auch im Gesundheitsministerium bzw. in anderen Bereichen am Anschlag arbeiten. Das ist in den Schulen und in der Ministerialverwaltung auch so. Das letzte halbe Jahr war für uns alle ein unglaublich herausforderndes halbes Jahr, und wir sollten uns jetzt nicht gegenseitig wegen ein paar Tagen Verzögerung Vorwürfe machen.

Ich verspreche Ihnen, Herr Fischbach, dass Sie auf jede Ihrer parlamentarischen Anfragen eine Antwort bekommen; ich habe alleine in den letzten zwei Tagen mindestens fünf davon durchgelesen und unterschrieben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Die Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Swoboda, bitte.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Sehr geehrter Herr Piazolo, es beeindruckt mich sehr, wie Sie sich für die Schulfamilie einsetzen und auch die Gefahren abwehren wollen. Dafür geht mein Dank an Sie.

Sie beantworten auch die Anfragen der Abgeordneten. Ich habe – Gott sei Dank – noch keine an Sie gerichtet, sonst hätten Sie mich heute vielleicht auch gerüffelt.

Jetzt zum Thema,

(Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo: Ich habe niemanden gerügt!)

zu meiner Geschichte: Eine Mutter bringt ihr Kind in die Schule. An einem Montag in der Früh wurde die ganze Familie getestet, und das Kind ist positiv. Das Gesundheitsamt wird eingeschaltet – das muss gemacht werden – und verfügt: Das Kind muss in Quarantäne; völlig klar. Was nicht verfügt wurde war, dass die drei Mitgeschwister auch in Quarantäne kommen mussten.

Ich frage mich da jetzt natürlich: Wie wird denn überhaupt festgestellt, ob jemand infiziert ist? – Sie haben vorhin gesagt, es gäbe in der Schule infizierte Kinder. Ich vermute daher, dass Sie diesen PCR-Test meinen, den Bayern intensiv auch an den Schulen durchführt. Ich will das auch gar nicht kritisieren.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Swoboda, Ihre Redezeit ist zu Ende!

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Die Erfolgsquoten "falsch-positiv" liegen bei 1 % bis 2 %; bei 100.000 Personen sind das 2.000 Fälle. Sie können sich jetzt vorstellen, wenn in einer Familie getestet wird und ein Kind positiv und alle anderen negativ sind, dass man sich dann fragt – –

(Zurufe)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Danke für Ihre Frage, Herr Swoboda.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Das erhebt Zweifel. Woher nehmen Sie Ihre Wahrheiten?

(Unruhe)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Staatsminister, bitte.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus):** Erstens stelle ich noch einmal klar: Ich habe Herrn Fischbach nicht gerügt, sondern ich habe nur kommentiert. Es war eher umgekehrt; er hat uns gerügt. Ich habe mir erlaubt, das zu kommentieren. Ansonsten habe ich ihm zugesagt, dass er auf jede seiner parlamentarischen Anfragen eine Antwort bekommt – also keinerlei Rüge. Das parlamentarische Fragerecht ist ein hohes Recht – ich habe das selber auch in Anspruch genommen –; das sehe ich vollkommen ein.

Zweitens. Selbstverständlich kann es einmal passieren, dass sich ein Schüler oder ein Lehrer im Unterricht befindet, der infiziert ist, weil er es zum Beispiel selber nicht weiß. Erst später wird dann aufgrund einer Symptomatik festgestellt, dass er infiziert ist. Es gibt dann in Absprache mit den Gesundheitsämtern ein entsprechendes Verfahren. Die Begegnung soll nachverfolgt werden, und dann werden gegebenenfalls eine Klasse, zwei Klassen oder auch einmal ein Schultrakt – das entscheidet das Gesundheitsministerium – in Quarantäne geschickt.

Bei der Familie ist das übrigens so – hier kenne ich auch einen Fall –, dass Geschwister, die Erstkontakt zu dem Infizierten haben, nicht in die Schule gehen sollen, weil sie der Erstkontakt sind. Insofern sind sie dann auch in Quarantäne. Deshalb ist es gut, dass dann ein Test durchgeführt wird und sie nach einer bestimmten und möglichst auch kurzen Zeit wieder in die Schule kommen können.

Das ist das Verfahren, das vorgesehen ist. Es entscheiden dann aber auch nicht die Lehrer vor Ort, sondern die Experten, und zwar insbesondere die Gesundheitsämter. Wie ich das mitbekomme, klappt das sehr, sehr gut.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Staatsminister Prof. Piazzolo. – Des Weiteren ergreift für die Staatsregierung wie angekündigt Frau Staatsministerin Schreyer das Wort.

**Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf jetzt etwas zu dem technischen Teil der Lüftung sagen. Wir haben gestern im Ministerrat beschlossen, dass wir 50 Millionen Euro für die technischen Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in die Hand nehmen wollen. Wir werden fördern, dass die Luftfilteranlagen nachgerüstet bzw. installiert werden. Wir werden auch den Ankauf von CO<sub>2</sub>-Messgeräten unterstützen. Darüber hinaus sind wir gerade dabei, mit dem Gesundheitsministerium, dem Kultusministerium und dem Sozialministerium zu entwickeln, was es braucht und wie die Förderrichtlinien aussehen.

Wir setzen sehr auf "mobile Raumlufreiniger", weil wir uns ansehen müssen, welche Maßnahmen wir schnell hinbekommen. Es geht ja jetzt logischerweise um Schnelligkeit, und da nützen uns lange Prozesse mit Ausschreibungen usw. nichts. Die Grundlage dafür ist die Maßnahmenempfehlung der Bundesregierung zum infektionsschutzgerechten Lüften; das ist natürlich das Maß aller Dinge.

Bei den fest installierten Lüftungsanlagen haben wir die Situation, dass wir eine Konzeption benötigen. Wir brauchen eine Ausschreibung, eine Vergabe, und wir müssen das umsetzen. Wir müssen natürlich auch die Firmen finden usw. Das heißt, das dauert zu lange. Deswegen wollen wir auf diese anderen Varianten setzen.

Außerdem hat zusätzlich der Koalitionsausschuss im Bund bereits im August beschlossen, dass er 2020/2021 ein Förderprogramm mit einem Volumen von 500 Millionen Euro auflegen möchte, in dessen Rahmen dann die Klimaanlage umgerüstet werden.

Damit haben wir beide Aspekte; der eine ist das Schnelle und der andere das Langfristige.

Allerdings muss ich auch dazusagen, dass wir aufpassen müssen und nicht meinen dürfen, mit einer Lüftungsanlage wäre die Sicherheit gewährleistet. Das Allerwichtigste ist – das geht auch aus der Regelung des Bundes hervor – einfach das Lüften, und das werden wir an dieser Stelle weiter machen müssen.

Wir in Bayern setzen auf schnelle Messgeräte und auf schnelle mobile Geräte. Ich denke, damit dürften wir der Sicherheit maximal näherkommen. Wir befinden uns in Gesprächen mit den anderen Ministerien, sodass für unsere Schülerinnen und Schüler weitestgehend ein Präsenzunterricht stattfinden kann, soweit das das Gesundheits- und das Kultusministerium befürworten. Wir liefern dann den technischen Anteil dazu.

(Beifall bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Gabriele Triebel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Gabriele Triebel (GRÜNE):** Frau Ministerin, danke für die Ausführungen und für die schnelle Umsetzung der Anschaffung dieser mobilen Geräte. – Sind Sie in den Förderrichtlinien schon so weit vorgedrungen, dass Sie wissen, ob Sie das zu 100 % oder nur zu einem Teil fördern werden?

**Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr):** Frau Kollegin, wir haben am Dienstag den Beschluss gefasst, dass wir überhaupt das Geld dazu bekommen wollen. Das war der erste Schritt. Jetzt erarbeiten wir die Förderrichtlinie, und wenn wir so weit sind, gebe ich Ihnen gerne eine Antwort. Im Moment befinden wir uns aber bei der Förderrichtlinie noch mittendrin.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/9841 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP, der AfD sowie des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Bei Enthaltung des Abgeordneten Swoboda (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/9845 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie der beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen? – Dementsprechend keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/9846 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und des Abgeordneten Swoboda (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/9848 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.